

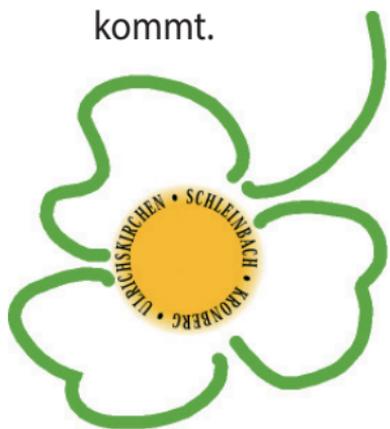
Neu- anfang

Am 4. April wurde in der Gemeinderatssitzung Ernst Bauer von der ÖVP zum neuen Bürgermeister und Dieter Hensel vom Grünen Kleeblatt zum Vizebürgermeister der Gemeinde Ulrichskirchen-Schleinbach gewählt.

Gemeinsam mit den ÖVP-Stimmen haben die Gemeinderäte des Grünen

Kleeblatts damit nicht nur ein neues Team, sondern vor allem einen neuen Stil in der Gemeindepolitik gewählt: in einem umfangreichen Arbeitsübereinkommen wurden Richtlinien und nachhaltig wirksame, zukunftsorientierte Projekte für die gemeinsame Gemeindearbeit vereinbart, die bisher undenkbar waren.

Unvorstellbar war bisher auch die Form der Zusammenarbeit – ohne traditionelle Koalition: weder ist die ÖVP verpflichtet, unseren Anträgen zuzustimmen, noch die Gemeinderäte des Kleeblatts, die ÖVP zu unterstützen. Nur Argumente sollen zählen, wenn es zur Abstimmung kommt.



Das Arbeitübereinkommen
im kompletten Wortlaut:
www.gruenes-kleeblatt.at

Noch eine Kurskorrektur

Gleich bei den ersten Gesprächen mit den beiden anderen in den Gemeinderat gewählten Parteien wurde der Unterschied zwischen SPÖ und ÖVP deutlich: Mehr als drei Stunden lang wurde über Offenheit und Transparenz im Gemeindeamt, über Straßenbau, Schule, Kindergärten, über Jugend im Dorf und die Neugestaltung der Hauptplätze diskutiert, bevor im Gespräch mit den VP-Vertretern das erste Mal die Frage auftauchte, wer denn Bürgermeister werden sollte.

Die SPÖ konfrontierte uns gleich zu Beginn der Verhandlungen mit dem offenbar einzigen Interesse, das sie mit dem Grünen Kleeblatt verknüpft: unsere Gemeinderäte sollten Otto Krenek dazu verhelfen, im Amt zu bleiben. Und nachdem wir unmissverständlich klargestellt hatten, das käme fürs Kleeblatt nicht in Frage: Na gut, wenn wir ihn schon nicht wählen wollten, dann könnten wir uns doch auch der Stimme enthalten oder der Wahl-Sitzung einfach fernbleiben – es reichen ja auch die SP-Stimmen alleine, um Krenek im Amt zu bestätigen. Erst nach und nach kamen auch Inhalte ins Gespräch - fast schien es, als sei es in den Augen der SPÖ müßig, darüber zu reden: es soll alles bleiben, wie es ist.

„Der SPÖ-Kandidat hat in den letzten Jahren kaum eine Gelegenheit ausgelassen zu beweisen, dass er von Zusammenarbeit nichts hält und dass ihm die Partei allemal wichtiger ist als der Inhalt. Er ist für uns nicht wählbar“ haben wir in unserer letzten Ausgabe über Krenek festgestellt. Dieses Gespräch hat uns ein weiteres Mal darin bestätigt.

Über Ernst Bauer war in der gleichen Ausgabe zu lesen: „Das Wenige, das der ÖVP-Bürgermeisterkandidat bisher von sich gegeben hat, macht auch ihn nicht wählbar.“

Wir hatten, als wir das feststellten, zwar alle denkbaren Ergebnisse der Wahl in Betracht gezogen, nur die praktische Auswirkung dessen, was dann die Wähler tatsächlich entschieden, nicht genug durchdacht: dass wir gar keine Möglichkeit haben, keinen der beiden zu wählen. Denn wenn sich das Kleeblatt bei der Bürgermeisterwahl der Stimme enthält, wird Krenek wieder Bürgermeister - durch unsere Hilfe, alleine dadurch, dass wir keinen der beiden wählten, würden wir Krenek „wählen“.

Praktisch hieße das, dass sich nichts ändert: Eine Gemeindepolitik, in der Argumente wichtiger sind als die Parteifarbe, in der Ideen, Vorstellungen und Entscheidungen der Gemeindegänger nicht nur am Wahlsonntag eine Rolle spielen, sind mit Otto Krenek nicht machbar - auch nicht in einer großen Koalition.

Die einzige Möglichkeit zu gewährleisten, dass die dringend nötige Kurskorrektur die Gemeindepolitik der nächsten Jahre bestimmen wird, ist, sich doch nicht „rauszuhalten“ – vorausgesetzt natürlich, die ÖVP ist bereit, diese Kurskorrektur mit zu tragen.

Das Wenige, das wir vor der Wahl von Ernst Bauer gehört hatten, wurde in mehreren Gesprächen über eine Zusammenar-

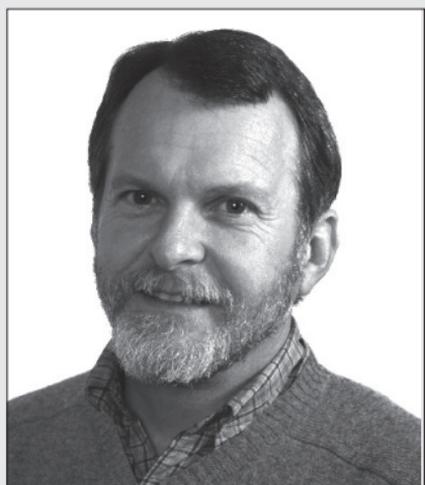
beit zwischen Grün und Schwarz um Wesentliches ergänzt: Die ÖVP – und mit ihr Ernst Bauer – ist bereit, mit uns gemeinsam einen neuen Stil in der Gemeindepolitik zu etablieren:

- unabhängig von der Parteifarbe sind alle eingeladen, in der Gemeinde mit zu machen, es gibt keine Ausgrenzungen mehr;
- es gibt keine Heimlichtuereien mehr, keine „Chef-Sache“ mehr, über die selbst Gemeinderäte erst in der Zeitung lesen, wenn alles bereits entschieden ist;
- die Bevölkerung wird nicht mehr vor vollendete Tatsachen gestellt, sondern in allen wesentlichen Fragen einbezogen;
- Ortsvorsteher und geschäftsführende Gemeinderäte sind nicht mehr nur ehrenvolle Titel, sondern stehen der Bevölkerung für alle Fragen in ihrem Bereich zur Verfügung und haben auch entsprechende Handlungsvollmachten;
- in der Gemeinde regiert nicht mehr ein allmächtiger Bürgermeister, sondern die Entscheidungen werden im Team gemeinsam getroffen.

Die ÖVP wird mit uns weiters konkrete, für uns sehr wichtige Anliegen in die Realität umsetzen – zum Beispiel

- wird die Jugend unserer Gemeinde selbst entscheiden, ob und in welchem Ausmaß sie in der Gemeindepolitik mitmischen will;
- wird die Lebensqualität der Anrainer und die Sicherheit der Kinder am Schulweg endlich wichtiger genommen als der ungehinderte Durchzugsverkehr;
- werden – gemeinsam mit den Ortsbewohnern – die Dorfzentren wieder zum gemeinsamen Lebensraum umgestaltet;
- und nicht zuletzt wird die Erhaltung einer intakten Umwelt nicht mehr als lästige Spinnerei abgetan, sondern durch eine Fülle an Maßnahmen – von der Unterstützung des Natura-2000-Projekts „Rußbachtal“ über den Beitritt zum Klimabündnis bis zur den Bemühungen, die Gemeinde zur gentechnikfreien Zone zu erklären – in der Gemeindepolitik ihren Niederschlag finden.

Alleine diese unvollständige Auflistung dessen, was eine Zusammenarbeit zwischen Kleeblatt und ÖVP möglich macht, schafft gegenüber dem „Wenigen“, das wir bis vor der Wahl von Bauer und der ÖVP gehört hatten, eine auch für uns neue Situation. Was mit Kreneks SPÖ auch nach deren Niederlage nach wie vor undenkbar ist, was wir mit Bauer und der ÖVP vor der Wahl in einer offensichtlich falschen Einschätzung für unwahrscheinlich hielten, wird durch dieses Arbeitsübereinkommen in den nächsten Jahren Realität: eine Gemeindepolitik, die auch wir verantworten können, wollen und werden.



Dieter Hensel

Arbeits-Vereinbarung

Die gemeinsame Gemeindearbeit ist vom gegenseitigen Vertrauen geleitet: Partnerschaft, Offenheit und Toleranz gegenüber Andersdenkenden – nicht nur dem Partner, sondern auch Dritten gegenüber – sind Leit motive dieser gemeinsamen Arbeit.

Die transparente Gemeinde

Die Gemeinde ist eine leistungsorientierte Service-Stelle für die Gemeindegänger. Alle – insbesondere die gewählten Gemeindevertreter – sollen und können sich in die Gemeindearbeit ungehindert einbringen. Gemeindegänger sind grundsätzlich keine Bittsteller, sondern Kunden und Anspruchsberechtigte. Mitglieder anderer politischer Gruppierungen sind niemals Gegner, sondern Mitbewerber und Partner in der Gemeindearbeit.

Die Gemeinde ist ein Team

Die gewählten Gemeindevertreter verstehen sich als Team, in dem alle wichtigen Entscheidungen gemeinsam getroffen werden. Die Entscheidungen werden von allen getragen. In diesem Sinne sind alle im Gemeinderat vertretenen Parteien einzubinden, eine Ausgrenzung einer Gruppe oder eines Einzelnen wird ausdrücklich ausgeschlossen. Darüber hinaus werden interessierte und engagierte Gemeindegänger zur Mitarbeit bei Gemeindeprojekten eingeladen und ihr Engagement gefördert.

Die Gemeinde hat Zukunft

Neben der erforderlichen Erledigung der laufenden Geschäfte sehen die Partner als ihre wichtigste Aufgabe, mittel- und langfristige Konzepte zu erarbeiten und Maßnahmen für die Entwicklung der Gemeinde zu setzen, zu initiieren und derartige Initiativen zu fördern.

Ein wichtiger Teil dieser zukunftsorientierten Gemeindearbeit ist das Einbeziehen der jungen Gemeindegänger in das Gemeindegesehehen. Dazu gehört nicht nur die Bereitstellung von Einrichtungen für die Jugend, sondern auch die Förderung politischen Engagements der Jugendlichen und der Respekt vor ihrer Meinung.

Lebenswerte Gemeinde

Die Politik des Gemeindeteams orientiert sich vor allem an den Prioritäten der Gemeinde und der drei Ortschaften. Überregionale Interessen sind zwar zu beachten, sie haben jedoch gegenüber den Interessen des unmittelbaren Umfeldes der Gemeindegänger zurückzustehen. Bei der Gestaltung der Gemeindepolitik ist erklärtes Ziel, seinen Bürgern anhaltend ein lebenswertes Dorf zu schaffen und zu fördern.

Die Priorität der Interessen der Gemeindegänger und das Ziel eines lebenswerten Dorfes beinhalten sowohl eine soziale Verantwortung der Gemeinde jedem einzelnen Gemeindegänger gegenüber als auch eine über die Gemeindegrenzen hinausgehende Verantwortung für die Umwelt.

Diese gemeinsamen Ziele stellen das Leitbild in allen Detailfragen für die praktische Gemeindearbeit dar.

Darüber hinaus werden sie durch die folgenden, gemeinsamen Maßnahmen umgesetzt:

1) Freier Zugang zu Informationen

Grundsätzlich ist jedem Mitglied des Gemeinderates jede gewünschte Auskunft und Information zu erteilen sowie in alle Unterlagen Einsicht zu gewähren, soweit dies gesetzlichen Bestimmungen nicht widerspricht.

2) Vorausplanbare Sitzungen

Um den Gemeinderäten und interessierten Mitbürgern die Teilnahme an Sitzungen der Gemeindeorganen organisatorisch zu erleichtern, werden vier Sitzungen des Gemeinderates pro Jahr zu im voraus festgelegten Terminen angesetzt.

3) Freiwillige Erweiterung gesetzlicher Fristen

Die Tagesordnung der Gemeinderatssitzungen werden am Tag nach der Festlegung veröffentlicht (nicht erst 5 Tage vor der Sitzung).

4) Information der Bevölkerung

Die Gemeinde nützt alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, die Gemeindebürger über das vom Gesetz geforderte Maß hinaus umfassend zu informieren. Dies umfasst auch die Information über Maßnahmen und Projekte im Planungsstadium mit dem Ziel, die Bevölkerung maximal in die Entscheidungsfindung mit einzubeziehen.

5) Der „Gmoa-Abend“

In persönlicher Form werden die Mitbürger über Ereignisse, Entwicklungen und geplante Projekte der Gemeinde in einem halbjährlich stattfindenden „Gmoa-Abend“ informiert. Diese informelle Veranstaltung soll den Gemeindebürgern die Möglichkeit bieten, eigene Vorstellungen einzubringen und von ihren gewählten Vertretern Auskunft einzufordern.

6) Ansprechpartner zu Sachthemen

Zu allen Fragen der Dorfgemeinschaft ist der Ortsvorsteher der erste Ansprechpartner für die Bevölkerung. Zusätzlich wird zu jedem Sachthemen jeweils ein kompetenter, persönlicher AnsprechpartnerIn den Gemeindebürgern zur Verfügung stehen, dessen bzw. deren Telefonnummer veröffentlicht wird.

7) Verbreiterung der Kompetenzen und Verantwortung

Die Gemeindegarbeit wird folgendermaßen organisiert:

- a) Bürgermeister und Vizebürgermeister arbeiten als Team und führen die Amtsgeschäfte gemeinsam. Der Vizebürgermeister hat daher gleichen Zugang zur Information wie der Bürgermeister. Die Alltagsangelegenheiten der Gemeinde erledigt der Bürgermeister. Alle Bereichs- und Orts-übergreifende Angelegenheiten, die über den Alltagsbetrieb hinausgehen, werden aber von Bürgermeister und Vizebürgermeister gemeinsam entschieden. Ist es aus Dringlichkeitsgründen erforderlich, dass der Bürgermeister eine Entscheidung ohne Beiziehung des Vizebürgermeisters trifft, informiert er diesen so rasch wie möglich über die Angelegenheit.
- b) Für alle Sachfragen in der Gemeindeverwaltung werden eigene „Bereiche“ eingerichtet.
- c) Für diese Gemeinderäte sowie für die Ortsvorsteher werden gemeinsam die zur Erreichung ihrer Ziele erforderlichen Rahmenbedingungen und Handlungsvollmachten sowie die nötigen

Ressourcen ermittelt und im Rahmen der NÖ-Gemeindeordnung zur Verfügung gestellt.

d) Bereichsführende Gemeinderäte und Ortsvorsteher legen jährlich dem Gemeinderat einen Bericht über ihre Tätigkeit mit besonderer Bezugnahme auf die Zielvorgaben vor.

8) Einbindung der Bevölkerung

Zur Erarbeitung und Entwicklung größerer Projekte werden die Gemeindeglieder offensiv zur Mitarbeit eingeladen. Für diese Projekte werden öffentliche Arbeitskreise gebildet.

Für folgende konkrete Projekte werden derartige Arbeitsgruppen gebildet:

- **Gemeinde- und Regionalentwicklung:** Die Arbeitsgruppe soll unter möglichst aktiver Beteiligung der Bevölkerung eine Standortbestimmung der Gemeinde innerhalb der (geplanten) Kleinregion erarbeiten; es soll festgestellt werden, wie die Vorstellungen der Gemeindeglieder über die künftige Ausrichtung der Gemeinde aussehen, wie die Gemeinde sich in den nächsten Jahren entwickeln und welche Positionen die Gemeinde innerhalb der Kleinregion einnehmen soll.
- **Jugend in der Gemeinde:** Die Arbeitsgruppe soll unter möglichst aktiver Beteiligung vor allem jugendlicher Gemeindeglieder die Vorstellungen der bis-25-Jährigen über die politische und strukturelle Gestaltung der Gemeinde eruieren.

Die Vereinbarungspartner sind sich einig, die Wünsche der Jugendlichen zu respektieren und im Rahmen der gesetzlichen und finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde zu realisieren.

- **Junge Familien / Familien mit Kindern in der Gemeinde:** Die Arbeitsgruppe soll unter möglichst aktiver Beteiligung junger Familien deren Bedarf an Unterstützung durch die Gemeinde ermitteln. Die Arbeitsgruppe erarbeitet Vorschläge, durch welche Maßnahmen die Gemeinde attraktiv für junge Familien, insbesondere für Familien mit Kindern wird.
- **Senioren in der Gemeinde:** Die Arbeitsgruppe soll unter möglichst aktiver Beteiligung der älteren Mitbewohner deren Vorstellungen zu einer lebenswerten Gemeinde ermitteln.
- **Neugestaltung der Ortskerne:** in jeweils eigenen Arbeitskreisen der drei Ortschaften werden Vorstellungen und Ideen zur Neugestaltung der jeweiligen Ortskerne als Lebensraum der Bevölkerung eingeholt.
- **Neukonstituierung der bestehenden Arbeitskreise „Gesunde Gemeinde“ und „Ferienspiel“** in Form der „öffentlichen Arbeitskreise“.

9) Arbeitswelt

Wir sehen in der Sicherstellung der Arbeitsmöglichkeiten eine wesentliche Voraussetzung für die Gemeinde mit Zukunft. Dazu gehören die Förderung neuer, zukunftsorientierter Arbeitsplätze ebenso wie eine Optimierung der Mobilität. Die Gemeinde wird daher

- Neuanwerbungen und Neugründungen von Klein- und Mittelunternehmen unter Berücksichtigung der Erhaltung der Lebensqualität in den Orten, vor allem jene, die die Nahversorgung garantieren, fördern
- die Schaffung neuer infrastruktureller Einrichtungen (wie z.B. Breitbandkommunikation u.a.) fördern

- alle Möglichkeiten zur Steigerung der Mobilität forcieren, sofern damit keine Belastung der Bevölkerung einhergeht - dazu gehört vor allem Bemühungen um die Erhöhung des Fahrplan-Taktes in beiden Orten, die über eine S-Bahnanbindung verfügen
- eigene Einrichtungen wie z.B. den Hort, die Kindergärten und deren Öffnungszeiten, die Gemeindeämter sowie Gemeinde-Veranstaltungen so gestalten, dass sie den Bedürfnissen der berufstätigen Bevölkerung entgegenkommen.

10) Verkehr und Straße

Bei Investitionen in die Straße haben die Sicherheit und die Interessen der Dorfbewohner oberste Priorität. Dies erfordert

- eine spürbare Reduzierung der Belastung der Anrainer durch den Durchzugsverkehr: In den größeren Durchzugsstraßen der Gemeinde werden dazu bauliche und legistische Vorkehrungen getroffen und verkehrsberuhigende Maßnahmen durch Rückbau, Geschwindigkeitsbeschränkungen u.a. gesetzt
- eine Anbindung (Fuß- und Radweg) zur Neuen Volksschule, Gehwege und Radweg-Streifen innerhalb der Orte
- zeitgemäße Straßenbeleuchtung
- eine besondere Vorgangsweise für Ulrichskirchen: auf Grund der besonderen Situation, in der sich der Ort durch die Zufahrt zur B7 und möglicherweise verschärft auf Grund der geplanten A5 befindet (Zubringerverkehr) in Zukunft befindet, wird für diesen Ort eine eigene Prüfung vorgenommen: welche Möglichkeiten bestehen, diese Belastung nachhaltig, also auch bei steigendem Verkehrsaufkommen in Zukunft, zu reduzieren.

Die Partner sind sich weiters einig, keine Maßnahmen zu setzen, die eine Realisierung der geplanten A5 fördern. Das Gemeindeteam wird auch vorbeugend alle Möglichkeiten ausschöpfen, um im Falle des Baus der A5 diese Belastungen auf ein Minimum zu reduzieren.

Im Gemeindebereich wird - neben den erforderlichen Straßen-Erhaltungsmaßnahmen - ein generelles Verkehrskonzept für alle drei Ortschaften erarbeitet, das einen zielgerichteten Einsatz der vorhandenen Ressourcen ermöglicht.

11) Ortsbild, bauliche Ortsentwicklung

Der Bürgermeister achtet im Rahmen seiner Kompetenz als Baubehörde 1. Instanz, der Gemeinderat durch Gestaltung der Bauvorschriften auf eine maximale Harmonisierung zwischen Bautätigkeit und Umfeld.

Als wesentlichen Teil eines gemeinsamen Lebensraumes der Gemeinde sehen wir ein intaktes Dorfzentrum, das zur Zeit in allen drei Ortschaften nicht vorliegt, da diese von Verkehrsflächen beherrscht werden. Wir werden daher

- in öffentlichen Arbeitskreisen getrennt in den drei Orten Vorschläge und Ideen der Bevölkerung zu einer Neugestaltung des jeweiligen Ortskernes bzw. der Hauptplätze einholen.
- Für die bestehenden öffentlichen Flächen wird ein Bepflanzungs- und Pflegekonzept erarbeitet und umgesetzt.
- In Zusammenarbeit mit den Sportvereinigungen werden die Möglichkeiten zur Nutzung bzw. (Re-) Aktivierung der Sportplätze der Gemeinde geprüft
- Wir werden alle Möglichkeiten einsetzen, um die Kellergassen unserer Gemeinde zu erhalten und deren Pflege zu fördern.

12) Sicherung und Erweiterung der Nahversorgung

Die Gemeinde wird alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausschöpfen, um bestehende Versorgungsunternehmen zu fördern und zusätzliche Versorger zu Ansiedlung einzuladen. Insbesondere wird die Gemeinde Anschaffungen, die bei ansässigen Kleinhandelsunternehmen unter Beachtung des Sparsamkeitsauftrages möglich sind, in der Gemeinde tätigen.

13) Sicherung der Naherholungsgebiete

- Die Bevölkerung, insbesondere die Grundeigentümer im geplanten Natura-2000-Gebiet „Rußbachtal“ werden über die Rahmenbedingungen und Auswirkungen einer Gebietsdeklaration in einer öffentlichen Veranstaltung informiert und deren Stellungnahme eingeholen.
- Die Gemeinde wird sich dafür einsetzen, dass das Rußbachtal zum „Natura-2000-Gebiet“ erklärt wird.
- Pflege und Ausbau der Wanderwege, Vernetzung bestehender Wege

14) Verantwortung der Gemeinde für die Umwelt

- Beitritt zum „Klimabündnis“
- Die Gemeinde wird Signale als Vorbild für die Bevölkerung setzen, die die Verantwortung für die Umwelt unterstreicht (bspw. durch Einkaufspolitik, Verwendung umweltfreundlicher Materialien, schrittweiser Austausch der Straßenbeleuchtung durch Energiesparlampen u.a.).
- Die Gemeinde wird sich weiters dafür einsetzen, das Gemeindegebiet als „gentechnikfreie Zone“ zu erhalten.
- In Zusammenarbeit mit den Gemeinden, die an der gleichen Wasser-Versorgung liegen wie Ulrichskirchen-Schleinbach, werden alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um die Qualität des angelieferten Leitungswassers maximal anzuheben.
- Die Hochwasserschutzmaßnahmen in allen drei Orten, die bereits in Angriff genommen sind, werden fortgeführt und erforderlichenfalls erweitert bzw. ergänzt.

15) Soziale Verantwortung der Gemeinde

Wir bekennen uns zur sozialen Verantwortung der Gemeinde und werden daher in einem GR-Arbeitskreis einen Richtlinien-Katalog erstellen, in dem die soziale Verantwortung als Leitmotiv der Gemeindepolitik festgeschrieben wird und konkrete Vorschläge erarbeitet werden. Dieser Richtlinienkatalog ist vom Gemeinderat zu beschließen.

Aus Platzgründen mußten wir das Arbeitsübereinkommen hier stark kürzen. Die komplette Fassung der Vereinbarung zwischen dem Grünen Kleeblatt und der Österreichischen Volkspartei finden Sie im internet unter

<http://www.gruenes-kleeblatt.at>

Impressum:

Grünes Kleeblatt

c/o Dieter Hensel,

2123 Schleinbach, Waldg. 21

Telefon: 02245 / 4606 - Eigenproduktion

